

# Danziger



# Beitung

Bernsprech-Anschluß Danzig:  
Der Redaktion und Expedition Nr. 16.

## General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Bernsprech-Anschluß für unser  
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 387.

Nr. 23024.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonnabend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidelen Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengeplante gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufräge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Hierzu eine Beilage.

### Telegramme.

Aus Ostasien.

Berlin, 10. Febr. Das „Bureau Dantzig“ erfährt aus Shanghai, daß der Vicekönig von Nanking vom Auswärtigen Amt in Peking die Instruction erhalten habe, umfassende Vorbereitungen für die Ankunft des Prinzen Heinrich in Nanking zu treffen. — Der deutsche Matrose, welcher bei Tsingtao ermordet wurde, soll auf deutschem Jurisdiktionsgebiet getötet worden sein, weshalb China für die That nicht rechenschaftig gemacht werden kann.

Wie der „Berl. Actionär“ auf Grund eingehender Informationen erfährt, haben bereits Verhandlungen mit der ostasiatischen Bank begonnen wegen einer Bahn von Kiautschau und den Bergwerksgesellschaften dasselb (welche vorgestern der Staatssekretär v. Bülow in seinen Ausführungen im Reichstag erwähnte). Zu dem Consortium gehören u. a. die Disconto-Gesellschaft, die deutsche Bank, Bleichröder, Mendelssohn, Robert Warshauer, die Dresdener Bank, die Berliner Handelsgesellschaft und die Nationalbank für Deutschland.

Der Dampfer „Trefeld“ mit dem Truppentransport ist am 8. d. Ms. in Kiautschau angekommen.

Berlin, 10. Febr. Der „Nat.-Agt.“ wird von überlänger Seite mitgetheilt, daß im Bundesrat die Auffassung weit überwiegend ist, daß der Bundesrat in der lippeischen Erbfolgefrage nicht zuständig ist; anderer Meinung ist nur Schaumburg-Lippe.

■ Berlin, 10. Febr. Der Geheime Marineminister Franzius ist mit der Ausarbeitung der ersten Projekte zum Ausbau des Kiautschauhafens beauftragt worden.

Hamburg, 10. Febr. Eine Generalversammlung der Werftarbeiter von Hamburg, Lübeck, Bremen, Flensburg etc., welche gestern hier abgehalten wurde, hat einstimmig die Gründung eines Centralverbandes der Werftarbeiter Deutschlands versprochen.

Lübeck, 10. Febr. Beim Anbau ist seit heute eine große Anzahl Arbeiter wegen Lohnunterschieden ausständig geworden.

### Ein Nachklange zum griechisch-türkischen Kriege.

Athen, 10. Febr. Gestern begann vor dem See-Kriegsgericht der Prozeß gegen den Fähnrich Kokoris, der beschuldigt ist, während des Krieges an den damaligen Marineminister telegraphiert zu haben:

„Der Commodore Sacharis verräth uns, weil er Ihre Befehle nicht ausführt.“

Der erste Zeuge Levidis beschuldigt Sacharis, seine Befehle nicht ausgeführt zu haben, so daß er den König bat, Sacharis abzuberufen. Levidis versuchte, den Einfluß des Sohnes gegen seine Befehle nachzuweisen und schrieb den unglücklichen Ausgang des Krieges in Thessaloniki der Nichtausführung seiner Befehle zu. Der Zeuge erklärte, über den Prinzen Georg werde er sich nur in der Kammer äußern. Prinz Georg sagte aus, Sacharis hat keine Pflicht, er konnte nicht alle Befehle ausführen wegen des Widerspruches in denselben und wegen des Mangels an Munition. Das Telegramm Kokoris sei ein unerhörter Verstoß gegen die Disciplin. Der jetzige Marineminister erklärte: Während des Krieges herrschte unter den Offizieren und Mannschaften der Flotte Disciplinlosigkeit.

### Krügers Wiederwahl.

Pretoria, 10. Febr. Bei seiner Wiederwahl zum Präsidenten hat Krüger (cf. Telegramm in der heutigen Morgennummer) 12 764, Burger 8716 und Joubert 1943 Stimmen erhalten. Burger erhält nur in Lichtenburg und Potchefstroom eine geringe Majorität.

### Präsidentenmord.

San Francisco, 10. Febr. Nach einem Telegramm des hiesigen Blattes „Post“ aus San José in Guatema ist der Präsident von Guatema, Barrios, ermordet worden.

Washington, 10. Febr. Der hiesige Gesandte von Guatema hat ein Telegramm erhalten, welches die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten von Guatema bestätigt. Der Vice-

präsident Cabrera hat die Präsidentschaft übernommen. Im Lande herrscht Ruhe.

Reyna Barrios hatte den Präsidentenposten seit dem 15. März 1892 inne; seine Amtsperiode wäre erst am gleichen Datum 1902 abgelaufen; durch Decret der konstitutionellen Versammlung vom 30. August 1897 war die Regierungsperiode des Präsidenten bis zu diesem Zeitpunkt verlängert worden.

### Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Februar.

#### Zola vor den Geschworenen.

Der gestrige Tag hat nur den peinlichen Eindruck noch erheblich verstärkt, welchen die beiden ersten Verhandlungstage hervergerufen haben. Der Präsident des Gerichtshofes und der Vertreter der Anklagebehörde waren in gleicher Weise bestrebt, Zola und seinem Berthebider ihr Beweismaterial, sowie es die gefürchtete Dreyfus-Affäre kreiste, zu beschneiden und zwar in einer Weise, für die wir, wie die „Doss. Agt.“ sich ausdrückt, in der Prozeßgeschichte der neueren Zeit nur ein Beispiel kennen, das Versuchen gegen den bulgarischen Mädonmörder Boisjoly. Immerhin ist es zweifelhaft, ob es den vereinten Anstrengungen der Regierung, des Gerichtshofes, des Staatsanwaltes und der compromittierten Zeugen gelingen wird, diese Beschränkung der Vertheidigung dauernd durchzuhalten. Die Wahrheit ist an einigen Stellen trotz aller Vorsicht doch schon durchgeblitzt; die passiven Aussage des früheren Präsidenten Casimir Perier behandel mit eindringlicher klarheit, daß die gegenwärtige Regierung Grund hat, das Licht zu schenken; Isonjonsen wirkten die Bekundungen Scheurer-Kestners und des Zeugen Leblois, am stärksten wohl die Aussagen des Senators, welche er vorgestern bereits über seine Verhandlungen mit den Ministern machte. Scheurer-Kestner ist nicht mehr — so schreibt ein Correspondent der „Doss. Agt.“ aus Paris — „der gemäßigte, die Regierung mit studirter Sanfttheit anfassende Senatsredner, nicht mehr der brühte, fast weinerliche Stotterer vor dem Esterhazy-Ariegsgericht, sondern der entschlossene, starke hugenottische Kunkopf, dessen Augen Blitze schleuderten, der mit dröhrender Stimme sprach und in dessen aufrechter Haltung und zurückgeworfenen Haupte Herausforderung zum Kampf auf Leben und Tod lag.“

Im Anschluß an unseren telegraphischen Prozeßbericht in der heutigen Morgennummer teilen wir über den Verlauf der gestrigen Sitzung Folgendes mit:

Als erster Zeuge wurde

Generalstabschef Boisdesprez vernommen. Nachdem er unter Verweisung auf das Anzeigheimerlich abgelehnt hatte, die Frage des Vertheidigers zu beantworten, welcher Art das Schriftstück sei, welches der Major einige Zeit vor seinem Erscheinen vor dem Kriegsgericht dem Kriegsminister zukommen ließ, fragte der Berthebider Labori: „Weiß der Zeuge etwas über die Persönlichkeit der verschleierte Dame?“ Boisdesprez: „Ich weiß nichts.“

Advocat Labori: „Hat der Zeuge eine Untersuchung darüber angeordnet, wer die verschleierte Dame war?“ Boisdesprez: „Wir hatten großes Interesse zu erfahren, wer die verschleierte Dame war und haben deshalb eine Untersuchung angeordnet, aber nichts erfahren.“ Labori: „Hat sie zu Oberst Picquart Beziehungen gehabt?“ Boisdesprez: „Das weiß ich nicht.“

Labori: „Kann Zeuge sagen, wie das „befreite“ Document des Majors Esterhazy das Ministerium verlassen hat?“ Boisdesprez: „Auch das weiß ich nicht.“ Labori: „Können Sie uns sagen, welche Anschuldigungen gegen Oberst Picquart erhoben worden sind?“ Boisdesprez: „Es handelt sich um zwei Arten von Beschuldigungen, diejenigen, welche auf Dienstvergehen Bezug haben, wie die heute früh veröffentlichten Briefe des Generals Gonse, die sein persönliches Eigentum waren, und andere, die dem Kriegsgericht unterbreitet worden sind. Über diesen Punkt habe ich keine Erklärung abzugeben.“ Labori: „Was Picquart in Ungnade gefallen, als ihm die Mission übertragen wurde?“ Boisdesprez: „Einem Offizier, der in Ungnade gefallen ist, übertrug man keine Mission. Picquart befand sich in einem Gefängnisstande, der ihm im Dienste schadete, er war von einer einzigen Idee beherrscht. Der Minister glaubte, Picquart würde durch seine Entfernung seinen normalen Geistesstand wieder gewinnen.“ Labori: „Welche Idee verwirrte Picquarts Geist?“ Boisdesprez: „Darauf kann ich nicht antworten, ohne gleichzeitig von der Angelegenheit Dreyfus zu sprechen.“ Labori: „Was hat Picquart in der Esterhazy-Angelegenheit gethan?“ General Boisdesprez: „Wir hatten ihm aufgetragen, alles zu thun, um seine Zweifel in Betreff Esterhazys zu präzisieren; in Anbetracht der erlangten Resultate aber haben wir ihn angewiesen, von weiteren Schritten abzusehen. Für mich, fügt Boisdesprez hinzu, steht die Schuld Dreyfus fest und meine Überzeugung in dieser Hinsicht ist absolut.“ (Anhaltende Bewegung.) Labori: „Wollen Sie uns sagen, worauf Ihre Überzeugung sich gründet?“ Boisdesprez: „Auf die im Prozeß angeführten Thatsachen und auf das Urteil, vor dem ich mich mit der Achtung beuge, die alle Welt ihm schuldet. Auch andere, theils vor, theils nach dem Prozeß liegende Thatsachen haben meine Überzeugung zu einer unumstößlichen gemacht. (Lebhafte Erregung.) Die von dem Major Saint Morel Kochsfort gegenüber begangene Indiscretion“, fügt Boisdesprez hinzu, „ist mit 30 Tagen Arrest bestraft worden; auch ist Saint Morel aus den Vorlagsstücken für den Orden der Ehrenlegion gestrichen. Meine Generalstabsoffiziere“, schließt Boisdesprez, „die so heftig angegriffen worden sind, sind brave Männer, die ihre ganze Pflicht thun und denen nur das Interesse des Landes am Herzen liegt.“ (Lebhafte Beifall.) Labori bringt nun seine Schlussfolgerungen in Betreff der Fragen vor, auf

die General Boisdesprez nicht geantwortet hat. Darauf wird

General Gonse aufgerufen. Labori fragt: „Was für ein Schriftstück hat Esterhazy vor seinem Er scheinen vor dem Kriegsgericht dem Kriegsminister übergeben?“ Gonse: „Darauf habe ich nichts zu erwiedern.“ Labori: „Warum konnte Esterhazy dieses Schriftstück ein „befreites“ nennen?“ Gonse: „Ich habe darauf nichts zu sagen.“ Labori: „Kennen Sie die verschleierte Dame?“ Gonse: „Nein. Das sind Fälle, die Sie mir da stellen.“ (Anhaltende Lärm, lebhafte Erregung. Der ganze Saal steht auf.) Labori fährt fort: Nach dem was gesagt worden ist, habe ich keine Fragen mehr an den Zeugen zu richten. General Gonse hat vergessen, daß er ebenso wenig das Recht hatte, das Wort direct an mich zu richten, als ich, dies ihm gegenüber zu thun. Daher wende ich mich an den Generalanwalt, der sich ohne Zweifel erheben wird, um dem Amtskleide, das ich trage, Achtung zu verschaffen. (Allgemeine Erregung.) Der Generalanwalt von Cassel röhrt sich nicht. Da ruft Labori unter dem sprachlosen Staunen des athemlos horchenden Zuhörers zum Gerichtshof gewandt: „Gestatten Sie mir im Namen des ganzen Barreau . . . „Ja, Jawohl!“ ruft hier ein Theil der anwesenden Advocaten; andere rufen dagegen: „Nein!“ Die Zuhörerschaft nimmt an diesen Aufforderungen Theil und es folgt ein sichtbarer Lärm. Der Präsident läßt den Saal räumen. Man bereitet Labori eine Ovation. Es gelingt den Gardisten mit Mühe den Saal zu räumen. Schließlich sind, nachdem die Zeugen, einige Damen, Berichterstatter und die Muicipalräte anwesend.

mitgetheilt worden sei und will auf den Prozeß Dreyfus nicht zurückkommen. Er könnte sonst nur

sagen, daß Dreyfus ein recht- und gesetzmäßig verurtheilter Verräther ist. Die weitren Vernehmungen des Zeugen auf verschiedene Fragen Laboris ergeben keinen Aufschluß über die Frage, ob ein Schriftstück mitgetheilt worden ist. Die Vernehmung wird beendet. Das Auditorium bringt Mercier lebhafte Ovationen dar.

Als dann findet das Verhör des Archivars im Kriegsministerium, Gribeli statt. Dabei kommt es zu einem lebhaften Zwischenfall. Gribeli beschuldigte den Advocaten Leblois, in dem Bureau des Oberst Picquart in geheime Aktenstücke des Prozesses Dreyfus, welche Oberst Henry in Verwahrung hatte. Endlich genommen zu haben Leblois mit Gribeli konfrontirt, leugnet auf das entschiedenste. Der Vertheidiger verlangt, der Staatsanwalt möge eintrreten, da einer der beiden

Zeugen lügen. Ferner möchte die erwähnten geheimen Akten vor Gericht gebracht werden. Der Gerichtshof erklärt, er werde am nächsten Tage hierüber seine Entscheidung treffen.

### Die Handelsvertragspolitik im Reichstage.

Obgleich der Gegenstand der Debatte im Reichstage auch gestern das Gehalt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes war, wurde von Kiautschau oder Arela nicht mehr, desto mehr aber von der künftigen Handelsvertragspolitik gesprochen. Graf Ranitz befürwortete selbstverständlich die unter seiner Schätzungenswertung Mitwirkung zu Stande gekommenen Befreiungen des deutschen Landwirtschaftsraths, die auf die Schaffung eines Magmal- und eines Minimaltarifs als Grundlage für Handelsverträge hinauslaufen, aber Meistbegünstigungsverträge grundsätzlich ablehnen. Auch Graf Herbert Bismarck brachte wieder einmal die Klage darüber vor, daß nach dem Rücktritt des Altreichskanzlers die Vorarbeiten für neue Handelsverträge nicht fortgeführt werden seien. Für die bisherige Handelsvertragspolitik, die Abg. Richter zufolge als die Zollvereinpolitik charakterisiert, traten außer Richter Dr. Barth, Dr. Röske und die Socialdemokraten ein. Die Conservativen, namentlich Herr v. Radowitz, gestellten sich darin, nach dem Beispiel ihrer Collegen im Abgeordnetenhaus die Vertreter der Capriani'schen Politik als „Socialdemokraten“ zu behandeln, um für künftige Debatten ein abschreckendes Beispiel zu statuieren.

General Gonse ergreift wieder das Wort und sagt: Man hat gestern Schreiber verlesen, die von mir an den Oberst Picquart gerichtet waren. Er hatte mir ausdrücklich als den Urheber des Bordereaus den Major Esterhazy bezeichnet. Ich sagte ihm, daß, wenn er des Verräthers sicher sei, es ihm auch gelingen müsse, Licht in die Sache zu bringen, dadurch daß er nach den Offizieren forsche, welche das compromittierende Schriftstück hätten aussiefern können. In diesem Sinne müsse man Licht verbreiten, um zur vollen Wahrheit zu gelangen. Ich sage ihm, er möge unklaue Schritte vermeiden, d. h. die Verhaftung, denn Oberst Picquart wollte den Major Esterhazy verhaften lassen. Die Briefe wurden heute früh veröffentlicht. Vorsichtiger: Haben Sie die Ermächtigung zu der Veröffentlichung ertheilt? Antwort: Nein. Hierauf wird

Major Lanth vernommen. Er bekundet, Oberst Picquart habe ihn aufgefordert, einen an den Major Esterhazy abzufirenden

Zeitungsmittel, der sich über das hinausgegangen, was er habe sagen wollen. Der Vorsitzende der Anwaltskammer und Advocat Labori sprechen ihren Dank für diese Erklärung aus. Der Zwischenfall ist damit erledigt.

Der nächste Zeuge ist der frühere Justizminister Trarieus.

Er bekundet, er habe sich mit der Angelegenheit im Interesse der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit befaßt, denn man habe von geheimen Documenten gesprochen. Was die Ähnlichkeit der Handschrift des vielgenannten Bordereaus betrifft, so theile er die Ansicht Scheurer-Kestners. Aus der Handschrift des Bordereaus habe sich ihm die Unschuld Dreyfus' ergeben. Trarieus legt nun ausführlich die Affaire Picquart und Esterhazy dar; seine Angaben werden von den Zuhörern je nach der Parteiliefe mit lauten Aufforderungen aufgenommen. Es wird uns darüber

berichten, ob die Erklärung stimmt. Der Zuhörer

Trarieus: „Die Rücksicht auf die national liberale Agrarier v. Heyl den Wunsch einer baldigen Ründigung des Meistbegünstigungsvertrages mit Amerika ausprägt. Symptomatisch dagegen war es, daß er auf die Anträge Barths über den Stand der Verhandlungen mit England beziehend die Erneuerung des englischen Tarifs gekündigt. Meistbegünstigungsverträge bereitwillig Aushandlung gab. Die Antwort der Londoner Regierung auf die deutschen gemacht Vorschläge steht noch aus.“

Bekanntlich befinden sich die Verhandlungen mit Washington über den Abschluß eines Reciprocitysvertrages in dem gleichen Stadium. Wenn ich in Washington, wie der Telegraph meldet, die Regierung aufgefordert wird, den Tarifwechsel mit Deutschland über die Weinflöhlung vorzulegen, so ist daran zu erinnern, daß der Bundesrat vor Jahresfrist oder noch länger auf

Grund ähnlicher Klagen schwärfere Controlvorschriften betreffend die Prüfung des zur Ausfuhr gelangenden Weines erlassen hat, so daß die Drobung, die deutsche Wein einführt unter dem Vorzeichen zu verbieten, daß der Wein gesundheitsschädliche Substanzen enthalte, nicht recht ernst zu nehmen ist. Die Politiker, die bei uns so laut nach Repressalien für den Dingley-Tarif u. s. w. verlangen, sollten doch beherzigen, daß wer in einem Glashause sitzt, gut thue, nicht mit Steinen zu werfen. Hat man sich doch in Amerika schon stark gemacht, im Fall der Notth sogar in dem deutschen Zucker gesundheitsschädliche Substanzen zu entdecken, natürlich zu dem Zwecke, den amerikanischen Markt für die deutsche Zuckereinführung ganz zu sperren.

Wenn aus den Wandelgängen der französischen Deputirtenkammer berichtet wird, Frankreich werde an der Brüsseler Zuckerconferenz nur Theil nehmen, wenn die Verhandlungen auf die Befestigung der directen Ausfuhrprämien — nicht auch der in der Besteuerungsmethode liegenden indirekten Prämien — beschränkt werden, so kann man nur sagen, daß falls die französische Regierung an dieser Forderung festhält, die Brüsseler Conferenz aussichtslos ist.

Aus dem Landwirtschaftsrath.

Gestern hat der deutsche Landwirtschaftsrath bezüglich der Fernhaltung von Viehseuchen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die allem Anschein nach die Grundlage für die im Abgeordnetenhaus angekündigte Interpellation des conservativen Abgeordneten Mendel-Steinels ergeben sollen. Dem Landwirtschaftsrath ist dabei nur das Unglück passiert, daß der Director des Reichsgesundheitsamts, Köhler, eine Statistik über die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in den

lechten fünf Jahren gab, die ganz zweifellos beweist, daß die Behauptungen von der stets zu rehmenden Verfeuchung unrichtig sind. Die Ausbreitung, welche die Seuche im Jahre 1892 gehabt hat, ist seitdem nicht mehr und auch nicht in dem angeblich schlechtesten Jahre 1896 erreicht worden.

Zu der vorhergegangenen Stellungnahme des Landwirtschaftsraths zu der künftigen Handelsvertragspolitik, wie sie durch Annahme der Kanitz'schen Resolutionen zum Ausdruck kam, bemerkte warnend die „Nationalliberale Corr.“:

„Die Entschließungen dieser höchsten offiziellen Vertretung der deutschen Landwirtschaft sind nicht nur an sich unhalbar, sondern auch im höchsten Grade inopportunit. Wenn Vorbereitungen zum Ausgleich wirtschaftlicher Interessengegensätze im Gange sind, dann ist es ein geradezu verhängnisvoller Schritt, wenn eine Berufsvertretung sich vor der Zeit auf Forderungen und Beschlüsse festlegt, die für die anderen in Betracht kommenden Berufsfäden, die Industrie und den Handel, nicht annehmbar sind und die Ausfütterung auf eine eipräzishe Abwägung der Interessen der großen Berufsfäden unweigerlich verlegen. In industriellen Kreisen steht wenigstens kein Zweifel darüber, daß, wenn es bei diesen Beschlüssen bleibt, der Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen eine Illusion ist, die schon jetztliebend nur eine verditternde Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze zurückläßt.“

Im eigentlichen Interesse der Landwirtschaft warnt schließlich das nationalliberale Organ vor der unausgeleschen einheitigen Vorschreibung agrarischer Interessen in jeder politischen Frage, auch wenn sie die Landwirtschaft noch so wenig berührt, weil dadurch und durch das Aufstreten der bekannten Agraragitatoren nur Sympathien zerstört würden. Aber — wird diese Mahnung etwas helfen? Wir glauben es nicht!

#### Die „Rectification“ der agrarischen Landräthe in Hannover.

Mittheilungen aus Hildesheim bestätigen, daß der viel erörterte, von den drei Landräthen unterschriebene, gegen die Nationalliberalen gerichtete Wahlaufruf noch weiter mit den Namen derselben verbreitet wird. Die drei Landräthe sind allerdings inzwischen, wie der „Nationallib. Corresp.“ versichert wird, der offiziösen Ankündigung gemäß amtlich rectificirt worden. Aber worin besteht eine solche „Rectification“, was soll sie überhaupt bedeuten, wenn der Unsug, dessentwegen sie erfolgt ist, ruhig fortduert, als sei nichts geschehen? Ist das nicht der reine Hohn? Solchen Empfindungen steht denn auch das nationalliberale Fraktionsorgan Ausdruck. Indem es seiner Mitteilung von der amtlichen Rectification hinzufügt:

„Gerade deshalb ist aber auch die Regierung nicht in der Lage, die trocken betriebene Weiterverbreitung des Aufrufs nur als Colportage gleichgültiger Druckmaculatur zu behandeln. Die weitere Vertheilung muß unter den obwaltenden Umständen den Eindruck erwecken, entweder daß es mit der Rectification nicht ernst gemeint sei, oder daß man unter Connivenz der Landräthe ein unwürdiges Spiel mit einer ausdrücklichen Willensbekundung der Regierung zu treiben vermöge, oder daß man schließlich ohne Rücksicht auf die dadurch diesen Beamten bereitete Verlegenheit die einmal angerichtete Verwirrung mit allen Mitteln ausnutzen müsse. Gleichviel, welche von den drei Möglichkeiten im vorliegenden Falle zutrifft, allen drei würde vorgebeugt werden, wenn die Landräthe in geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntniß brächten, daß sie ihre Unterschrift unter dem Aufruf zurückgezogen haben. Das wäre auch das Mindeste geweisen, was man als eine ernsthafte „Rectification“ hätte ansehen können. Im Abgeordnetenhaus wird Gelegenheit genommen werden, dies mit allem Nachdruck noch des näheren darzuthun.“

#### Das Elend auf Kreta.

Die offiziöse Auslassung, welche gestern der Petersburger „Regierungsbote“ über die kretische Candidaturfrage brachte, scheint den Rückzug in dieser Sache haben einleiten zu sollen. Wie nämlich heute aus Konstantinopel verlautet, ist der dortige russische Botschafter Sinowjew beauftragt, unter Zurückziehung der Candidatur des Prinzen Georg den Sultan zu ersuchen, er möge selbst einen fremden Unterthanen als Candiaten vorschlagen.

Worauf dieses plötzliche Nachgeben Russlands, das bisher in recht schroffer Form dem Sultan gegenübergetreten war, zurückzuführen ist, steht noch nicht fest. Das „Berl. Tagebl.“ nimmt an, daß die hierauf bezügliche Erklärung Bülow's im Reichstage in Petersburg nicht ungehört verhüllt ist.

Auf Kreta selbst sieht es trostlos aus. Die Noth hat, wie der „Doss. Ztg.“ berichtet wird, den höchsten Grad erreicht. Das Consularcorps berichtet aus Herakleia über grenzenloses Elend in den Provinzen Pediada, Lemnos und Malevisi. 500 Personen sind in Folge der Hungersnoth dieser Tage von verschiedenen Außenorten aus ausgewandert, 259 Männer, Frauen und Kinder befinden sich in Poleokastro, um nach Griechenland zu entfliehen, andere sind im Begriff, zu folgen, da die theilweise gesandte Hilfe vollkommen ungenügend ist, die Hungersnoth im Gegenteil immer mehr Opfer fordert. Der Zustand der Provinz und der Stadt ist herzerreißend traurig. Über 63.000 Olivenbäume sind in den umliegenden Provinzen bereits abgeschnitten.

#### Deutschland.

Berlin, 9. Febr. Die Berliner Conservativen haben gestern einen „Parteitag“ abgehalten, der mit dem von den Antisemiten geforderten Rücktritt ihres ersten Vorsitzenden v. Langen und der Wahl eines Antisemiten, des Reichsgerichts Ulrich, zum zweiten Vorsitzenden führte. In den Verhandlungen aber hatte der conservative Abg. v. d. Gröden-Arenstein einen Vortrag gehalten, in dem er erklärte: Wenn man mit den Antisemiten Berlins zusammenginge, finde man sich einen Stein an den Fuß. Das stimmt, wie die Wahl der Vorsitzenden beweist.

\* [Miquels 70. Geburtstag.] Wir lesen in der „Ztg.“: „Über Tag und Jahr der Geburt des Finanzministers Dr. v. Miquel sind mannigfache Legenden verbreitet. Die Conversationslegende und der deutsche Parlamentsalmanach lassen ihn am 21. Februar 1829 geboren sein; in den amtlichen Hauptbüchern des Herrenhauses wird der 19. Februar 1828 als Geburtstag aufgeführt; „Hans' Parlamentsalmanach“ von 1868 und

Dr. Philipps historisch-politisches Jahrbuch verzeichnen den 21. Februar 1828 als den Tag, wo Miquel zu Neuenhaus in der Grafschaft Bentheim geboren wurde. Diese Angabe ist richtig, die abweichen Auskünfte entbehren der Begründung. Herr v. Miquel wird also am diesjährigen Rosenmontag, 21. Februar, sein 70. Lebensjahr vollenden und damit seinen 70. Geburtstag feiern.“

\* [Das Centrum] hat, wie die freisinnige Volkspartei durch den Abg. Schneider, den früheren Gesektenkampf über die eingetragenen Berufsvereine wieder eingebrocht.

\* [Die Berathung des Flottengesetzes] und des Marinelets in der Budgetcomission des Reichstags wird am nächsten Montag beginnen. Das gesammte Begründungs-Material liegt nun vor. Der Abgeordnete Dr. von Bennington, der die Theilnahme an diesen Berathungen seiner Zeit in Aussicht gestellt, ist bereits in Berlin eingetroffen.

\* [Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe.] Die Initiative zur Revision der über die Sonntagsruhe ergangenen Anordnungen ist von dem Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten ausgegangen. Sie ist, wenn auch nicht allein, so doch in einem guten Theile durch die Wahrnehmungen veranlaßt, welche hinsichtlich der Wirkung einiger für Berlin erlassenen Verordnungen zu machen waren.

\* [Versuchsfischereien im Nordostseekanal.] Auch im Jahre 1897 sind im Kaiser Wilhelm-Kanal Versuchsfischereien ausgeführt.

Als Ergebnis derselben ist zu betrachten, daß die Süßwasserfische fast gänzlich aus dem Kanal verschwunden sind. Die Salzwasserfische insbesondere Strudbunt und Dorsch, haben an Zahl erheblich zugenommen und gedehnt vorzüglich. Aal sind im Kanal in großer Menge vorhanden. Zu der Zahl der im Jahre 1896 gefangenen Fischarten sind zwei neue Arten, Goldbunt und Seeskorpion zugekommen. Aus dem Fang winzig kleiner Heringe darf geschlossen werden, daß sich im Kanal und zwar in den Seen und Ausbuchtungen desselben, Heringstauchplätze befinden. Die jungen Heringe wandern im Hochsommer und Herbst dem Meer und zwar der Ostsee zu.

\* [Regierungsassessoren auf Domänen.] Die Minister der Landwirtschaft und des Innern beobachteten, Regierungsassessoren, welche sich eingehender mit landwirtschaftlichen Studien beschäftigen wollen, auch in diesem Jahre Gelegenheit zu geben, sich mit dem praktischen Betriebe der Landwirtschaft auf rationell bewirtschafteten Staatsdomänen unter der Leitung tüchtiger Domänenpächter bekannt zu machen. Der Minister des Innern ist bereit, den Assessoren, soweit es die dienstlichen Verhältnisse gestatten, auf sechs Monate Urlaub zu erteilen, welcher, damit er für die Landwirtschaft wichtigsten Perioden der Frühjahrsbestellung, der Ernte und der Herbstbestellung umfaßt, auf den Zeitraum von Anfang April bis Mitte Oktober festgesetzt werden wird.

\* [Denkschrift über die Ansiedlungen.] Dem Abgeordnetenhaus ist eine Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886, betr. die Förderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Polen, zugegangen.

\* [Das „Bairische Vaterland“] Ehren-Sigls schreibt über den jüngsten Unglücksfall im Kieler Hafen:

„Im Kieler Hafen ist eine Dampfspinne der Marine vom Sturm umgekippt worden, weil die Preußen wieder einmal bei Sturm nicht zu fahren wußten. Als das Schiff bereits untergegangen und der Kessel geplast war, kamen die Marinapreußen. Es sind 10 (oder 6) Männer ertrunken. — Wenn die Preußen es nicht können, aber doch fahren wollen, dann erlauben sie und sagen: navigare necesse est, vivere non est necesse; zu deutsch: gefahren muß sein, wenn wir's auch nicht können und erlaufen.“

Wäre dieser bauvorarische Theresies nicht schon hinreichend eingeschätzt in der Deutlichkeit, so würde diese Leistung allerdings allein genügen, die Niedrigkeit seines Witzes und die erbärmlichkeit seiner Gesinnung erkennen zu lassen.

Meh., 9. Febr. Dem Oberbürgermeister Cramer ging ein Telegramm des Kaisers zu, in welchem derselbe mittheilt, daß er in landespolizeilicher Wohlwollen und Interesse für die herrliche alte Stadt Meh., dem Wunsche derselben entsprechend, die alte Süd- und Ostumwallung fallen lasse und ihre Schleifung befohlen habe.

#### Österreich-Ungarn.

Pest, 9. Febr. Im Comitat Szoboles beginnt die sozialistische Bauernbewegung communisticcher Richtung einen bedrohlichen Umschwung anzunehmen. Wie verlautet, ist die Regierung entschlossen, sehr energische Maßnahmen zu treffen und zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit über das bedrohte Comitat das Standrecht zu verhängen.

Graz, 8. Febr. Der Landtag hat mit großer Mehrheit den Antrag des Verfassungsausschusses auf Aufhebung der Sprachenverordnungen angenommen. (W. L.)

#### Rußland.

Petersburg, 9. Febr. Die Ernennung eines neuen Unterrichtsministers ist offiziell noch nicht erfolgt. Es verlautet nur gerügtweise, daß die Ernennung des Curators des Lehrbezirks Moskau, Geheimrat Bogolepov, bevorstehe. (W. L.)

#### Bon der Marine.

\* Die zur Zeit im Winterquartier liegende Kaiserfregatte „Hohenlohe“ erhält den Befehl zur sofortigen Instandsetzung. Das Schiff geht zunächst ins Trockendock der Kieler Werft und erhält nach Beendigung der erforderlichen Reparaturen seine volle Besatzung.

Kiel, 10. Febr. (Tel.) Ein Ablösungstransport für die Mannschaften in Ostasien wird im März von hier abgenommen.

Am 11. Febr.: Danzig, 10. Febr. M.A. 11.5. SA 7.16. GU 43.

Wetteraussichten für Freitag, 11. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Meist trübe, wärmer, windig, strichweise Niederschläge. Nebel.

Gönnabend, 12. Februar: Feucht, nahe Null, starke Winde, Sturmwarnung.

\* [Ungültigkeitserklärung.] Wie uns aus Berlin telegraphisch gemeldet wird, hat die Wahlprüfungs-Commission des Abgeordnetenhauses die am 10. Juni v. J. vollzogene Nachwahl des Abg. Dr. v. Wolszlegier (Pole) für den Wahlkreis Dirschau-Berent-Pr. Stargard für ungültig erklärt. Herr Dr. v. W. siegte bei dieser Wahl, die wegen der Stimmenhaltung einiger

deutscher Wahlmänner so viel von sich redete, bekanntlich nur mit einer Stimme Majorität (233 gegen 232 Stimmen, welche der deutsche Compromiß-Candidat Arndt erhielt).

\* [Franz Curti t.] Manchen unserer Leser wird es interessieren zu erfahren, daß Franz Curti, der Komponist der hier Ende der 1880er Jahre im Stadttheater mit Fr. Koch und den Herren Thau und Städting in den Hauptrollen mehrfach aufgeführten großen Oper „Hertha“, am 6. d. Mts. in Dresden gestorben ist. Curti war ein reiches Talent, das aber die ihm gebührende Anerkennung im Leben nicht zu finden vermochte. Schon vor „Hertha“ hatte er neben einigen symphonischen Werken auch einige Opern geschrieben, und er ließ auf „Hertha“ noch die Bühnenwerke „Lili-Tee“ und „Das Rösi vom Säntis“ folgen, alle anderen gelangten nur vereinzelt zur Aufführung, und nach wie vor mußte Curti als Jahnarzt die Mittel zum Lebensunterhalt seiner Familie erwerben, so daß ihn nur die Nachstunden für sein musikalisches Schaffen verbleben.

\* [Naturforschende Gesellschaft.] Ueber unsern demnächst eintreffenden berühmten Gast Dr. Sven Hedin berichtet der „Figaro“ aus Paris, woselbst der Genannte in voriger Woche in der dortigen geographischen Gesellschaft und im Alpenclub über seine Reisen vorgetragen hat. Die Aufnahme, die er dort gefunden, glich derjenigen, die man im vorigen Jahre Hedin's Landsmann, Nansen, bezeichnete. Die schnell auflodernde Begeisterung der Partei für den kühnen Forscher stieg aufs höchste. S. Hedin wurde in Paris wie eine offizielle Persönlichkeit behandelt. Ihm zu Ehren gab schließlich die Stadt ein Festessen und ließ zur Erinnerung an die Hedinage eine Medaille prägen.

\* [Börse für Handelsgärtner.] Von den hiesigen Handelsgärtnern wird ein Versuch angestrebt, eine sogenannte Börse bzw. einen Markt zu gründen, auf den die Handelsgärtner West- und Ostpreußens Pflanzen und Sämereien ihrer Zucht bringen, damit dort eventuell ein Austausch stattfinden kann und die hiesigen benachbarten Provinzen erlassen werden, um einen ersten Versuch durch einen Ausstellungsmarkt am 15. d. Mts., Donnerstag, im Cafè Feierabend (Halbe Allee) zu machen. Pflanzen bzw. Sämereien können dabei nur von Mitgliedern des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands auf den Markt gebracht werden. Falls die angeregte Sache Befall finden sollte, werden solche Verkaufs- und Auslauffahrten des österlichen veranlaßt werden.

\* [Für das Feierabendhaus für Lehrerinnen] einen weiteren kräftigen Baustein zu liefern, ist die zum 14. d. Mts. im Schützenhaus veranstaltete musikalisch-theatralische Aufführung bestimmt, die hiermit dem Interesse der Leser dieses Blattes besonders empfohlen sei. Das Programm ist ebenso reichhaltig als vielseitig und die Mitwirkung des Herrn Heinr. Davidjohn, sowie der Damen Sämann, Brösecke und Diller läßt auch gediogene musikalische Kunstgenüsse erwarten. Herr Davidjohn wird den Abend durch das beliebte und bedeutende Violin-Concert in G-moll von Bruch einleiten und außerdem zwei liebliche Gartenmelodien von Schumann-Rudolf, die Damen Diller und Brösecke werden drei kurze Klavierstücke (anregende Csardas-Welten) spielen. Fr. Sämann läßt anmutige Lieder vortragen. Der zweite Theil des Programms ist dem Humor gewidmet; er steht unter der Regie des Fräulein Tong Amann und des Herrn Aischner, welcher für seinen leider noch nicht ganz genehmigten Kollegen Herrn Arndt seine Zeit und Kraft freudlich in den Dienst der guten Sache gestellt hat. Herr Aischner hat auch die Rolle Schönhahns, des Vaters der zehn Mädchen der reizvollen Gyps'schen Operette „Zehn Mädchen und kein Mann“ übernommen, der lyrische Tenor des Stadttheaters Herr Gorant die des Thierarztes Agamemnon Paris und zehn, vielmehr elf fröhlig gesellte, sangsfreudige junge Damen (Schülerinnen von Fr. Amann) werden die irische Melodie der Wirthschafterin Sidonia und der Schönhahnschen Amazonen anstimmen und deren sonstigen Künste produzieren. Vor der Operette kommt das hier noch wenig bekannte, aber recht wirkungsvolle Lustspiel „Düst“ von Hugo Müller durch Dilettanten zur Aufführung. — Möchte der Erfolg der hübschen Veranstaltung ein solcher sein, daß eine namhafte Summe dem Zwecke, dem sie dienen soll, überreicht werden kann. Noch weit ist der Weg bis zur Errichtung des Ziels, welches der Feierabendhaus-Verein sich gesteckt hat. Arbeitet der Vorstand auch unablässig daran, die Mittel zu verzögern, so macht doch das Kapital nur langsam. Wie dringend aber das Bedürfnis nach Feierabendhäusern ist, geht daraus hervor, daß jetzt in fast allen Provinzen Preußens — neuerdings in Pommern, Schleswig-Holstein und Polen — der Bau von Feierabendhäusern für arbeitsmüde Lehrerinnen, besonders Erzieherinnen, geplant und unternommen wird.

\* [Eines eigenartige Reclame.] In einer Annonce des „Tiegenhofer Wochenblattes“ war, wie wir mittheilen, das „weltenschülernde“ Ereignis des Zusammenstoßes eines Romant. „mit der Welt“ für den 23. d. Mts. angekündigt worden. Jetzt erschien aber in dem Tiegenhofer Blatt ein „Miderruf“, welcher das Nichtstindeln des Zusammenstoßes ankündigt und dafür ein „Bochierfest“ eintrete lässt, das am 20. d. Mts. im „Deutschen Hause“ vor sich gehen soll. Die Annonce hat also ihren Zweck, die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf zu vernehmen erreicht.

\* [Japanische Postkarten.] Das vielgenannte Inselreich hat solche bedeutende Fortschritte in der Aneignung der europäischen Cultur gemacht, daß wir uns nicht wundern dürfen, daß auch das neuzeitliche Kind der europäischen Mode, die „Ansichts-Postkarte“, in Japan schon eingang gefunden hat. Die hiesige Papierhandlung von J. & H. Jacobson hat eine Anzahl dieser hübsch ausgestalteten Postkarten, welche Ansichten aus dem japanischen Leben und Landschaftsbildern aus japanischen Modehäusern darstellen, aus Japan bezogen und dieselben in den Handel gebracht. Man wird aus denselben leicht erkennen, daß die Japaner auch auf diesem Gebiet ihre europäischen Vorbilder mit Geschick und Glück nachgeahmt haben.

\* [Gouvernir.] Heute wurde zunächst gegen den Amtsr. Johann Schmidt aus Rauschendorf im Kreis Neustadt wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit verhandelt. Die Verhandlung stand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endigte mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis.

\* [Waschen-Räume der Bevölkerungs-Bergänge vom 30. Januar bis zum 5. Februar 1898.] Lebendgeborene 42 männl. 44 weibl. insgesamt 86 Kinder. Tötgeborene 2 männl. 1 weibl. Tötgeborene 28 männl. 15 weibl. insgesamt 43 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 13 ehelich geborene. Todesfälle: Unterleibstrophus incl. gastrisches und Nervensyndrom 1, acute Darmskrankheiten 1, akute Brechdurchfall 2, darunter a) Brechdurchfall aller Altersklassen 2, b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 2. Lungensyndrom 5 acute Erkrankungen der Atmungsorgane 8, davon 2 an Influenza alle übrigen Krankheiten 25. Gewaltstötung 1 Tod. Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 1. Selbstmord 1.

\* [Polizeibericht für den 10. Februar.] Verhaftet 7 Personen, darunter 1 Person wegen Haussiedlungsbruchs, 1 Person wegen Viehstahls, 3 Obdachlose. Gefunden: Gefindescheinbuch, Quittungskarte und Arbeitsbuch auf den Namen Marie Marg. Brioska. Quittungsbuch der Steuermann-Sterbekasse auf den Namen Johann Hallmann, 1 Schlüssel, abzuholen aus dem Fundbüro der königl. Polizeidirection. — Verloren: 1 brauner Lederhandtuch, 1 Portemonnaie mit 11 Mk. 45 Pf. und 1 kleiner Schlüssel, 1 rothbraune Plüschiompaadour mit Strickzeug, 1 Kronenwert 4 Klasse, abzugeben im Fundbüro der königl. Polizeidirection.

Jahre 17804 und in Süddeutschland 14744 Personen unterrichtet worden. Herr Hinck erstattete Bericht über die Thätigkeit des Bundes-Vorortes Wolfenbüttel. Beifall sandte die seitens des Vorortes zur Ansicht überstandene Silberne Medaille, welche die Gabelsberger-Ausstellung auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 erhalten hat. Ein Metallschrein bildete den Schlüß des offiziellen Theiles der Vergesammlung, dem sich ein Commiss anschloß.

\* [Vaterländischer Frauen-Verein zu Neufahrwasser.] Der Unterhaltungsabend, welcher am Sonntag im Kurhaus Brösen stattfand, hat eine Gesamteintrittsnummer von 550 Mk. und einen Reingewinn nach Abzug der Unkosten von 460 Mk. ergeben.

\* [Westpreußische Husbeschlag-Lehrfähnede.] In ihrem achten Jahresbericht für das Jahr 1897 beklagen die Dirigenten, die Herren Leitzen und Lohse, daß die Beethoferung an den Lehrcursen nicht so rege gewesen sei, als im Jahre 1896. Es wurden 1897 nur drei Lehrcurse abgehalten, denn der

Konski-Parochie und Hajclau-Lößlich gewählt. Dann sprach noch Herr Marg. Danzig über den gemeinsamen Bezug von Konsumartikeln nach den Preisen der Firma Raiffeisen.

\* Marienburg, 9. Febr. Ein etwas eigenhümlicher Vorgang hat sich in der letzten Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung abgespielt. Wie wir schon mittheilten, war bei der Verhandlung über die in letzter Zeit zu Ungunsten der Stadt ausgefallenen Streitfällen dem Stadtverordneten Carl vom stellvertretenden Vorsthenden ein Ordnungsruf ertheilt worden, weil er die Bemerkung gemacht hatte, daß der Magistrat mit seinen Prozeßen gewöhnlich „hineingeschafft“ sei. Diese Episode hatte, wie uns heute mitgetheilt wird, am Schluß der Sitzung ein Nachspiel. Die Geschäftsordnung der Marienburger Stadtverordneten-Versammlung enthält eine Bestimmung, nach welcher es zulässig ist, gegen einen Ordnungsruf des Vorsthenden Berufung an die Entscheidung des Plenums der Versammlung einzulegen. Von dieser Bestimmung machte Herr Carl Gebrauch, indem er behauptete, daß die gerufte Bemerkung sich innerhalb der Grenze des parlamentarischen Erlaubten halte. Die Versammlung beschloß nur mit 24 gegen 4 Stimmen, daß der Ordnungsruf nicht gerechtfertigt gewesen sei.

Der milde Winter hat zu einer hier wohl noch nicht geschehenen Ercheinung geführt. Da die Besitzer von Bierbrauereien und Bierverlagsgeschäften bisher nur wenig Eis haben einfangen können, so lassen einige auf der Nogat das jetzt von Polen herabkommende Eis aufzischen und in ihre Eiskeller schieben. Sehr laubiger sieht dieses zum Theil dicke, aber recht mürbe Eis freilich nicht aus.

Marienwerder, 9. Febr. Auf den Ankauf der hiesigen Zuckersfabrik reflectirt neuwohns auch, wie es heißt, die Zuckersfabrik Melno. (N. W. M.)

W.B. Grauden, 9. Febr. [Preßprozeß.] Die hiesige Strafkammer verurtheilete heute den Redakteur Zieliński von der „Graudener polnischen Zeitung“ wegen Beleidigung des preußischen Staatsministeriums und des Vorstandes des Vereins zur Förderung des Deutschthums zu 50 Mk. Geldstrafe. Von der Anklage des groben Unfugs wurde Zieliński und der Mitangeklagte Redakteur Majerski freigesprochen.

R. Schweiz, 9. Febr. Im laufenden Etatsjahr sind vom Kreisausschuß des Schmiede Kreises 38 Dienstboten, welche mindestens 5 Jahre bei einer Herrschaft gedient haben, mit Prämien von je 20 Mark belohnt worden. Für diesen Betrag sind Sparkassenbücher beauftragt worden, welche jetzt als nachträgliches Weihnachtsgeschenk den Betreffenden durch Vermittelung der Ortsbehörden zugestellt werden.

\* [Von der untergegangenen „Mannheim“.] Vor einiger Zeit sind, wie wir s. J. berichtet haben, in der Höhe von Kappeln zwei männliche Leichen, die an den Ostseestrand geworfen waren, von Fischern aus dortiger Gegend aufgefunden worden. Nach der Kleidung zu schließen, mußten die Ertrunkenen Brüder Seelte sein. Die fortgesetzte angestellte Ermittlungen über die Persönlichkeit der beiden Verunglimmten haben diese Annahme bestätigt, und es ist festgestellt worden, daß beide Personen zur Besatzung des Schiffes „Mannheim VII.“ gehörten. Bei einer Leiche wurde ein Notizbuch, eine Uhr mit Kette, ein Schlüssel und etwas Geld vorgefunden. Von den Ertrunkenen ist der eine als der Maschinist Jacobsen, der in Hamburg gewohnt haben soll, ermittelt worden, während der zweite als der Schiffstakler August Arndt erkannt worden ist.

Königsberg, 9. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in nächster Sitzung mit einer Vorlage des Magistrats zu beschäftigen haben, die einen bedeutenden Grundstückserwerb, verbunden mit einem Terrainaustausch, zum Gegenstande hat. Die Stadtgemeinde erwirbt nämlich von der Provinzialverwaltung den ganzen Grundstückscomplex des Löberdorffschen Hospitals in der Klosterstraße für den Preis von 620 000 Mark und tauscht den größten Theil des Weissenhausgrundstücks Sachheimer Hintergasse Nr. 64 aus. Der Erwerb des Hospitalgrundstücks in der Klosterstraße sieht die Stadtgemeinde in den Stand, das in den Kreisen der Bürgerlichkeit schon lange herbeigewünschte Project einer Pregeluerstraße zwischen dem Münchendorfplatz und dem neuen Markt zur Ausführung zu bringen. (A. A. 3a.)

Bromberg, 9. Febr. Die hiesigen Antisemiten hielten gestern eine Versammlung ab, in der der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg eine zweistündige Rede hielt. Er erklärte sich bereit, hier zum Reichstage zu kandidieren und noch wiederholte zu Agitationen herzukommen. Seine Ausstellung als Kandidat erfolgte indessen nicht. (O. pr.)

Bromberg, 10. Febr. (Tel.) Die heutige General-Versammlung der Actien-Gesellschaft Blumme u. Sohn beschloß pro 1897 die Vertheilung von 8 proc. Dividende. Wie die Direction mithiebt, sind bedeutende Aufträge für das laufende Jahr eingegangen, darunter solche aus China.

## Bekanntmachungen

### Halbverdeckwagen,

Berliner Fabrikat, vorzüglich erhalten zu verkaufen (1731)

### Fleischergasse 20.

### Stellen-Angebote

Für mein Destillations- und Colonialwaren-Geschäft suche per 1. April cr. oder früher einen tüchtigen, gewandten älteren

### Berkäufer

für die Reise. Bewerber müssen der polnischen Sprache mächtig sein; solche, die schon gereist, erhalten den Vorzug.

Den Meldungen sind Zeugnisse und Photographie beizufügen. (1758)

### Hermann Berent,

König. Westpr.

Für ein Getreidegeschäft in einer größeren Stadt Westpreußen wird zum baldigen Antritt ein in der Branche kundiger, mit Buchführung u. Correspondenz vertrauter örtlicher

### junger Mann

gesucht.

Offerten unter B. 691 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Für unser Waaren-Engros-Geschäft suchen wir einen

### Lehrling

zum 1. April. Nur schriftliche Offerten erbeten (1778)

### Loche & Hoffmann,

Milchhannengasse 18, 1. Etage.

### Agenten-Besuch.

Ein Bordeaux-Weinhaus mit Lager in Deutschland sucht bei der Brüderl. u. Demi-Groß-Kundschaf.

nebst anderen Unternehmungen

wegen zu verkaufen. (1496)

Die Gebrüder Loche & Hoffmann, Borsigstr. 18, Berlin.

Ein Borsigstr

## Neue Synagoge.

Gottesdienst:  
Freitag, den 11. Februar, 1898  
1½ Uhr.  
Sonnabend, den 12. Februar,  
Morgens 9 Uhr.

An den Wochentagen Abends  
1½ Uhr, Morgens 7 Uhr.

## Lanz-Unterricht.

Meinen sechsten Schülern und Schülerinnen der Wochentags- sowie Sonntags-Schule die ersehne Mitteilung, daß mein Lanz-Unterricht (1766) nicht mehr im Gesellschaftshaus des Herrn Christmann, sondern im Kaiserhof. Heilige Geistgasse stattfindet. Die nächsten Stunden beginnen Freitag, den 11. Mts. und Sonntag, d. 13. d. Mts. dorftiefst.

Hochachtungsvoll

## G. Konrad.

Es laden in Danzig:

Nach London:

SS. „Blonde“, ca. 10/11. Febr.

SS. „Anne“, ca. 14. 17. Febr.

SS. „Jenny“, ca. 22. 24. Febr.

SS. „Mlawka“, ca. 25. 27. Febr.

Es laden in London:

Nach Danzig: (1812)

SS. „Blonde“ ca. 17. 21. Febr.

Th. Rodenacker.

## Gott besonderer Meldung.

Gestern Abend entstieß nach langen schweren Leidern meine liebe Frau, untertreue unvergängliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester.

Frau Rosalie Albertine Ahrens im 71. Lebensjahr, was tief betrübt, namens der Hinterbliebenen, anzeigen

Danzig, den 10. Februar 1898.

Herrmann Ahrens.

Marg. Schützmann, geb. Ahrens, Bauinspektor F. Ahrens u. Frau, Berlin. Consul G. Ahrens u. Frau, Berlin. Professor Dr. F. Ahrens u. Frau, Breslau. Proc. A. Ahrens, New Orleans La.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. Februar, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Trinitatiskirchhofe in der Halben Allee, von der dortigen Leichenhalle aus, statt. (3990)

Ich erfülle die schmerzhafte Pflicht mitzuheilen, daß am 8. d. Mts. mein Buchhalter

Herr Richard Schulz nach langem Leiden verschieden ist.

In dem Entschlafenen verliere ich einen pflichttreuen Mitarbeiter, der seit 18 Jahren meinen Interessen mit voller Hingabe gedient hat; sein Andenken werde ich stets in Ehren halten. (1805)

A. P. Muscate.

Danzig, den 9. Februar 1898.

## Nachruf.

Am 8. d. Mts. verschied in Stettin nach langem Leiden unser hochverehrter Kollege, das Ehrenmitglied der Danziger Bau-Innung.

Herr Baugewerksmeister Joachim Heinrich Prutz.

Wir betrauern in dem Dahingehenden einen lieben Freund und werthgeschätzten Berufsgenossen.

Viele Jahre hindurch war der Verstorbenes Mitglied des Innungsvorstandes und während mehrerer Jahre Obermeister der Innung und Vorstand des Bezirksverbandes Westpreußischer Baugewerksmeister.

Damals an der Spitze der Vertretung der hiesigen Baugewerksmeister stehend, hat er mit warmem Herzen seines Amtes gewaltet und sich die Liebe und Achtung seiner Landsgenossen in reichem Maße erworben. Sein Andenken bleibt stets bei uns in Ehren. (1811)

Danzig, den 9. Februar 1898.

Der Vorstand der Bauinnung.

Herzog. Alex. Fey. Vergien.

## Vermischtes.

Neueste, waschbare Leibbinden,

D. R. S. M. Sch. 57 748.

(alteiniger Fabrikant hier).

Bruchbänder und Suspensorien

sowie

alle Arten Bandagen

festigt in jeder Preislage als Spezialität in bekannter Qualität u. Zweckmäßigkeit an die

Bandagenfabrik A. Lehmann,

81 Jopengasse 31. Danzig. 81 Jopengasse 31.



## Wilhelma in Magdeburg.

Allgemeine Versicherungs-Aktion-Gesellschaft

und die

Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft in Köln

gewähren unter den kürzesten und liberalsten Versicherungsbedingungen und unter solidarischer Haftbarkeit beider Gesellschaften

## Eisenbahn-Unfallversicherung auf Lebenszeit

gegen einmalige Prämienzahlung oder Zahlung der gesammten Prämie in Vierteljahrsbeträgen.

Die Versicherung ist gültig auf allen dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen der ganzen Welt, auch auf Strassenbahnen jeder Art.

Die Versicherungssumme kann von Mk. 3000 bis Mk. 200,000 festgesetzt werden.

Jeder Mensch ist aufnahmefähig, keiner wird ausgeschlossen.

Nähre Auskunft ertheilen die Directionen sowie die Vertreter der einen, wie der anderen Gesellschaft. (1801)

Zum April d. Js. verlege ich meine

Borberichtigungsschule für Knaben u. Mädchen

nach Milchhannengasse 15, II,

und eröffne daselbst in zwei geräumigen Etagen ein

**Pensionat**

für Schüler und Schülerinnen, Seminaristinnen u. i. w. Preise mäßig. Auf Wunsch eigenes Zimmer. Beaufsichtigung der Schularbeiten. Für Schüler oberer Klassen eventl. geeigneter Privatunterricht durch Dr. phil.

Junge Mädchen erhalten auf Wunsch Unterricht in Deutsch, Französisch, Englisch, Literatur u. s. w. bei der Dorflehrerin, in Blättern, Malen, feinen und Kunst-Handarbeiten bei Fachlehrerinnen.

Anmeldungen erbetet bis April nach ihrer lebigen Wohnung. (3989)

Frau E. Husen, Institutsvorsteherin,

Rathauslicher Markt Nr. 3, I.

## C. Weykopf,

10 Jopengasse 10,  
alleinige Pianoforte-Fabrik mit  
Dampftrieb am Platze,

empfiehlt als

Spezialität:

## Pianinos

eine Construction in erster Auswahl u. seltener Ausstattung, in Nussbaum und imit. Ebenholz, mit freilegenden Eisenrahmen, 5 Spreizen, geprägtem Metallstiftstock und äußerst präzise wirkenden Patentmechanik.

Preise äußerst solide. — Reparaturen

Außerdem empfiehlt als alleiniger  
Vertreter Concert-, Salon- und Club-

Flügel von

Bechstein,

Dunzen, Th. Steinway.

Tonfülle unübertroffen.

## Ad. Zitzlaff,

10 Grosse Wollwebergasse 10.

Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe,

fertige Kostüme u. Kostümrocke, fertige Blusen, Matinées und Morgenröcke.

Fertige Mädchenkleider für jedes Alter, vom Baby bis zum Backfisch.

Schnelle und tadellose Ausführung von Maass-

bestellungen in eigenen Schneidereten.

Auf meine Firma und Hausnummer „10“ bitte ich zu achten!

## Meteor-Thürschleifer,

seit 10 Jahren vorzüglich bewährte Construction, automatisch wirkend, offert

**R. Friedland.**

Doggenspühl 81. (Inh. Adler & Pade.)

## An-u. Verkauf

von städtischem

**Grundbesitz**

so wie Befreiung von

**Hypotheken**

und Befreiung von

**Baugeldern**

vermittelst

Wilhelm Werner,

gerichtlich vereid. Grundstücks-

tagator,

Milchhannengasse 32, II.

1 Ich. Hund ist Schillingst. 76, I.

bei Mts zu verkaufen. Pr. 10 Mts.

## Düngerfalf

bester Qualität aus meinem Rath-

werke Wapensche offerire zu

billigstem Preise.

Die Nothwendigkeit und Wich-

tigkeit der Räckbildung wird

durch zahlreiche Veröffentlichungen

wissenschaftlicher Autoritäten in

landwirtschaftlichen Fach-

blättern eindringlichst empfohlen.

Michael Levy

Inowrazlaw.

Gelehrt. Garantierte Dividende

des Anlage-Kapitals 15 Procent.

Offerten unter Pr. 692 an die

Erfahrung dieser Zeitung erbet.

## Großverkehr

84000 Mark

Mündelgeber, auch getheilt, zur

1. Stelle zu vergeben. Reflect.

bei ihre Adr. u. Pr. 518 an die

Pr. 31g. einzur. Ag. ausgetheilt.

Für Fabrikation und Vertrieb

von Nahrungsmitteln, nur Bla-

schädel und Umlauf sofort gegen

Casse, werden

Theilhaber

gelebt. Garantierte Dividende

des Anlage-Kapitals 15 Procent.

Offerten unter Pr. 692 an die

Erfahrung dieser Zeitung erbet.

H. Kornowski.

Monogramme

in Gold u. Seide werden billig

gestickt. Frauengasse 52, 1 Tr.

## Vergnügungen.

## Wohlthätigkeits-Borstellung

zum Besten des mit dem St. Marienkrankenhaus verbundenen Waisenhauses

Donnerstag, den 17. Februar,

im Saale des St. Josephshauses.

Zur Aufführung kommt:

Badekuren. Lustspiel von Puttil.

Das Gänsechen von Buchenau von Friedrich.

Vielfach gesuchten Wünschen nachkommend, sowie auch um weiteren

Kreisen des Publikums die sämtlichen Aufführungen des

zum Besten des Fonds für das in Danzig

zu errichtende Kriegerdenkmal

stattfindenden

## Radsportfestes,

bestehend in

# Beilage zu Nr. 23024 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 10. Februar 1898 (Abend-Ausgabe).

## Reichstag.

36. Sitzung vom 9. Februar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Staatssekretär von Bülow, Trepk.

Die Befreiung beim Dienstleistungskommen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt wird fortgesetzt.

Abg. Graf Rantz (cons.) wendet sich gegen die Bebel'schen Ausführungen. Wir könnten nun mehr vielmehr Genugtuung empfinden, daß wir jetzt eine starke Regierung haben, die auf Erweiterung unseres Absatzs in einer Weise Bedacht nehm, die mit Bebel's „Fabrikserüben“ nichts zu thun hätten.

Bebel spricht über die Kieler Rede etc. hätten im Hause tiefe Entrüstung erregt. Bebel rennt gegen die Monarchie an, soßte aber mit dem Kopf gegen einen Teller. Redner geht sodann ausführlich auf die Beleidigungen des Deutschen Landwirtschaftsraths ein, an denen Richter gestern kurz Rantzen geübt habe, und verbreitete sich daran anknüpfend über unsere Wirtschaftspolitik.

Er halte es für interessant, festzustellen, daß behufs Abschlusses des österreichisch-deutschen Handelsvertrages Österreich zuerst an uns herangetreten sei, und zwar auf Betreiben der dortigen Großgrundbesitzer. Wir hätten gar keinen Anlaß, die Thore weit aufzumachen, denn das Ausland habe ebenso viel Interesse an dem deutschen Markt,

wie dies umgekehrt der Fall sei.

Abg. Förster-Neustettin (anti) vertheidigt sich gegen den Vorwurf, der ihm in einer früheren Verhandlung gemacht worden sei, den Abg. v. Koscielski, im Zusammenhang mit dessen bekannter Rede in Krakau, vereint zu haben.

Abg. Werner (nat.-lib.) dankt namens der antifaschistischen Fraktion dem Staatssekretär für dessen geistige Ausführungen und wendet sich dann lebhaft gegen Bebel. Dessen Worte gegen die Chinesen-Einwanderung seien ganz unlogisch; eigentlich müßten die Sozialdemokraten, ihren Theorien gemäß, die chinesischen Arbeiter mit einem Bruderkuss empfangen. Deutschland dürfe sich jedenfalls der correcten Haltung, welche die Regierung jetzt wieder einnimmt, und des Ansehens, welches wir deshalb jetzt im Auslande genössen, nur freuen. Redner meint jedoch, es müsse doch eigentlich gegen Monaco, gegen die Verlängerung des Privilegs der Spielgesellschaft auf 50 Jahre, eingeschritten werden. Den Standpunkt des Grafs Rantz in Bezug auf die Handelsverträgetheilein seine Freunde.

Abg. Richter (kreis. Volksp.): Die Frage der Handelsverträge gehört doch nicht hierher, aber ich kann den Herren nur dankbar dafür sein, daß sie auf eine beiläufige Bemerkung von mir so reagieren. Es ist gut, daß das Land auf die monstrosen Beschlüsse des Landwirtschaftsraths aufmerksam gemacht wird. Es ist gut, daß das Recht von Phrasen jerrissen wird und daß die Herren offen sagen, daß sie von Handelsverträgen überhaupt nichts wissen wollen. Sie kennen nur Unternehmergegewinn, nur Brodrente, Grundrente, aber Sie kennen keine Interessen der Allgemeinheit, der Consumenten! Wir dagegen verlangen nichts als die Rückkehr zu den gesunden Prinzipien des Zollvereins. Graf Rantz will von den Absichten der österreichischen Regierung mehr wissen, als diese selber, wenn er meint, dieselbe werde gegen die Handelsverträge fallen lassen. Das ist daselbe Gerote wie die alte und noch immer nicht wahrgewordene Behauptung, daß England zum Schutzzoll zurückkehren wolle. Und ebenso wie Absichten schreibt Graf Rantz auf. Sie wollen den Export haben, aber wie? Graf Rantz will, daß die Handelsverträge jederzeit auf ein Jahr sollen gekündigt werden können. Wer so etwas vorzuschlagen kann, hat nicht die geringste Ahnung von volkswirtschaftlicher Einsicht. Man hat es mir übergeben, daß ich mit meiner Bemerkung über die gesunde Mauer die Agrarier mit den Chinesen verglichen habe. (Heiterkeit.) Aber die Chinesen wollen ja jetzt Zollmauern fallen lassen, Sie dagegen wollen neue Zollmauern bei uns einzuführen. Sie sind also noch schlimmer als die Chinesen. (Große Heiterkeit.) Und welche Vorschläge macht ein Mann, dessen bekannter Antrag mit Recht als Brodwercher bezeichnet worden ist. (Beifall.)

Abg. Graf Bismarck (b. k. f.) widerspricht einer Bemerkung des Vorredners, daß die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik planlos gewesen sei. 1889 sei schon von Österreich Anregung zu einem neuen Handelsvertrag gegeben worden, wir hätten aber Nein sagen müssen im Interesse der Politik der Sammlung, die zu keinem Freude jetzt auch von der jeglichen Regierung eingezögert werde. Das Ziel unserer damaligen Regierung sei der autonome Tarif gewesen. Wenn nicht schon 1890 der Doppeltarif ausgearbeitet worden sei, so sei an diesem Versäumnis die Anfangs 1890 eingetretene Krise schuld gewesen. Andernfalls hätten wir schon 1891 auf einer ganz anderen Basis verhandeln können. An sich seien sowohl Fürst Bismarck wie seine politischen Freunde für Handelsverträge zu haben, es komme nur auf deren Inhalt an. 1892 sei nicht die Politik der Sammlung das Ziel der Regierung gewesen, vielmehr habe dieselbe die Zwietracht in die Parteien gefunden. Mit Recht habe im Vorjahr Miquel es als Verdienst des Fürsten Bismarck gerühmt, daß derselbe die beiden Güter, Landwirtschaft und Industrie, zusammen zu spannen verstanden habe.

Abg. Bebel (soc.) bestreitet, daß die Sozialdemokratie unlogisch hande, wenn sie im Interesse unserer Arbeiter die Chinesen-Einwanderung nicht wolle. Die ausländischen Arbeiter wirken niets als Lohnräuber. Selbst hätte man ja aus die Chinesen-Einwanderung durch Gesetz unmöglich gemacht seien.

Abg. v. Tschierski (Pole) erwidert dem Abgeordneten Förster, der selbe habe weder damals noch heute den Nachweis der Breitigung seiner Beleidigungen gegen Koscielski erbracht. In den Worten Ro cielski (die Redner verließ) habe nichts Daterlandsverrätherisches gelegen.

Abg. Graf Rantz (cons.) bemerkte in einer Replik

auf Richter u. a., er sei im Prinzip für den Freihandel (Heiterkeit links) und verlange Schutz für unsere nationale Arbeit nur insofern, als dies unabdinglich nötig sei.

Abg. Heyl zu Herrnsheim (nat.-lib.) bestreitet dem Abg. Richter das Recht, immer im Namen der Industrie und der Consumenten zu sprechen. Gerade jetzt unter den Handelsverträgen sei der Absatz unserer Industrie stark eingeschränkt worden. Er begreift nicht, wie man gerade Amerika gegenüber mit kleinen Maßregeln kommen könnte. Der Beschluss des Landwirtschaftsrathes, die Meistbegünstigungsverträge sämtlich zu kündigen, sei durchaus richtig. Er würde sogar wünschen, daß die Kündigung sofort erfolgen könnte. Die Industriellen wollen durchaus eine Politik der Sammlung bei den nächsten Wahlen.

Abg. Jekel (nat.-lib.) protestiert gegen eine Behauptung Bebels, daß die deutschen Arbeitnehmer deutsche Arbeitnehmer seien, um chinesische Arbeitnehmer zu nehmen. Wir können das sogar in China gar nicht, denn wir müssen dann den deutschen Arbeitern die Rückfahrt bezahlen und für so und so viele Monate die Gage. Ich muß Sie bitten, dergleichen Angriffe nicht immer zu wiederholen, sie werden auf die Länge der Zeit langweilig.

Abg. Richter (kreis. Volksp.): Dem Abg. Heyl glaube ich sehr gerne, daß es eine ganze Menge Industrielle gibt, die noch höhere Zölle möchten, um die Consumenten noch mehr auszunutzen. Aber das Gros der Industrie braucht und wünscht eine feste Position durch Handelsverträge. Graf Bismarck bestreitet, daß Fürst Bismarck planten Wirtschaftspolitik getrieben habe. Aber 1875 beantragte Fürst Bismarck die Abkündigung aller Zölle. Und noch 1879 verlangte er Zölle nur, um sich davon bei den Verhandlungen mit dem Auslande abhandeln lassen zu können. Er verlangte also den Zolltarif nicht um der Zölle selbst willen. Das hat er erst später. Redner verweist dann auf das Wachsthum unserer Bevölkerung, welches den Bedarf an Nahrungsmittel ganz anders steigere, als dies in Frankreich mit seinem Zweikinderystem der Fall sei. Es ist doch ein beispielloses Vorkommnis, daß die Regierungspolitik der letzten 7 Jahre hier von niemandem sonst verhindert wird gegen alle Anarbeiter, als von uns, die wir stets von der Regierung verfolgt worden sind. Und Sie, meine Herren am Bundesratssthule, an dem Tische, von dem aus diese Politik betrieben worden ist, und von dem aus auch immer die „Continuität“ der Regierung behauptet worden ist, auch Sie sitzen bei allen diesen Angaben stumm und still da, sogar die Herren aus den Hansestädten! Das ist doch wohl am allerwenigsten geeignet, die Autorität der Regierung zu stärken. (Lebhafte Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. v. Karndorf (Reichsp.): Herr Richter, der immer in der Opposition war, ist wohl am wenigsten der Mann, für die Autorität der Regierung einzutreten. Redner tritt sodann für die jegliche Politik der Sammlung ein und schließt: Herr Richter gehört mit seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen nach Schöppenstedt oder Schiba. (Heiterkeit.)

Abg. Paeschke (nat.-lib.): Wir haben die Politik gegründeter Handelsverträge stets gebilligt, werden aber stets prüfen, ob dieselben auch den deutschen Interessen entsprechen. Im Gegensatz zu meinem Freunde Heyl bin ich allerdings nicht dafür, alle Handelsverträge sofort zu kündigen und alle Meistbegünstigungsverträge auszuschließen. Wir sind stets für Tarifverträge, aber so, daß die Landwirtschaft nicht darunter leidet. Das hat College Friedberg schon im Abgeordnetenhause erklärt.

Abg. Richter (kreis. Volksp.): Herr Friedberg hat aber ausdrücklich einer Erhöhung der Hornzölle zugestimmt. Herr v. Karndorf hat mich nach Schöppenstedt verwiesen, er selbst gehört nach China. Er hat mit den Chinesen den Zopf der Abneigung gegen Gold und der Vorliebe für Silber und Schuhzölle gemeint. Aber der Zopf von Herrn v. Karndorf ist noch viel größer und dicker (stürmische Heiterkeit), er kann sich mit seinen bimetallistischen Gütern und seinem Zopf begraben lassen. (Wiederholter stürmische Heiterkeit.)

Abg. Führ. v. Stumm (Reichsp.): Bei großer Unruhe sehr schwer verständlich): Herr Richter gerbertet sich gegenüber Herrn v. Heyl, als sei er der alleinige Vertreter der Industrie. Herr Richter greift die Herren vom Bundesrat an, daß sie nicht die Handelsverträge vertheidigen. Nachdem aber der preußische Landwirtschaftsminister offiziell zugegeben hat, daß mit dem Abschluß der Verträge die Zölle gekündigt werden sind, wird doch hier kein Bundesratsvertreter ihn desavouiren. Für die künftigen Handelsverträge werden wir folgendes festhalten: Industrie und Landwirtschaft sind solidarisch und werden diese Solidarität durch gegenseitige Concessions verstetigen.

Abg. Barth (kreis. Vereinig.): Harmonie der Interessen von Industrie und Landwirtschaft klingt ja wunderschön, aber es handelt sich darum, die Interessen der beiden auszugleichen. Mit der Handelsvertragspolitik haben wir jetzt die Probe gemacht. Wir haben sie von Anfang der neunziger Jahre ab einige Jahre in Uebung gesetzen. Gerade das Gegenheil von dem, was die Herren verhindern, ist eingetreten. Seit Jahren können Sie keinen Bericht irgend einer Handelskammer ausschlagen, ohne an einer Reihe von Stellen die größte Dankbarkeit gegen den Schöpfer der Handelspolitik in den neunziger Jahren ausgedrückt zu finden. Es wird dort constatirt, daß der Erfolg der Handelsverträge ausgezeichnet ist. Gegenüber unserem Export hat sich das mit großer Deutlichkeit gezeigt. Noch niemals hat Deutschland seinen Export in so raschem Tempo gesteigert, wie seit der Caprivi'schen Handelspolitik. Während die Gegner mit Begeisterung auf Frankreich hinarbeiten, das wegen seiner Hochschulzollpolitik im Überschluß schwimme, finden wir, daß die Franzosen sich mit Recht beklagen, daß ein ständiger Rückgang des Exports bei ihnen plakatgegriffen habe, und mit wahren Leid blicken sie auf Deutschland, in dem sich die umgekehrte Entwicklung vollzieht. Im Ausland herrscht über die Entwicklung der Wirtschaft, die Deutschland in den

letzten Jahren erfahren hat, die höchste Bewunderung; speziell in England blickt man mit einer gewissen Besorgnis auf die steigende Rivalität gerade der deutschen Volkswirtschaft.

Graf Bismarck behauptete hier, vom Regierungstische sei der Zwiespaltspassel in die Berufstände hineingeschoben worden, es mache beinahe den Eindruck, als sollte dies absichtlich geschehen sein. Da möchte ich doch daran erinnern, daß die heute so viel geprägte Wirtschaftspolitik des Jahres 1879 gerade der Anfang für den lebhaftesten Interessenkampf der Stände gegen einander gewesen ist. Gerade die Politik, die im Jahre 1879 anhob, ist das, was man als Interessenpolitik im schlechtesten Sinne des Wortes bezeichnet. Nun wurde gesagt, es giebt ein wundervolles Mittel, uns eine Waffe bei den Vertragsverhandlungen gegen die fremden Staaten in die Hand zu geben. Wir brauchen Maximal- und Minimaltarife zu schaffen, und dann treten wir mit einem vorzüglichen Kampfmittel den andern Ländern gegenüber. (Sehr richtig!) Was ist das für eine schablonenhafte, schematische Auffassung? Glauben Sie wirklich, mit solchen abgetriebenen Mitteln noch etwas zu erreichen?

Heute wissen die übrigen Völker auch, was es bedeutet, einen Maximal- und einen Minimaltarif aufzustellen, und daß diese nichts weiter als eine Attrappe sind, hinter der sich künftige Chicane verborgen können. Zum Schlus möchte ich noch die Anfrage an den Staatssekretär richten: Wie weit sind die Handelsvertrags-Verhandlungen n. it England gediehen? Es ist bekannt, daß die Handelsverträge mit England gekündigt worden sind. Bei der Rücksicht hat England zum Ausdruck gebracht, daß es von neuem mit uns in Unterhandlung eintreten wolle, wenn auch auf anderer Grundlage. Ich darf wohl annehmen, daß diese Verhandlungen begonnen sind. (Beifall.)

Staatssekretär v. Bülow: Auf die Anfrage des Abg. Barth kann ich nach Lage der Verhältnisse nur erwähnen, daß die Grundzüge der von uns an England in richlenden Vorläufe zwischen den beteiligten Reisorten festgelegt sind, daß wir diese unteren Vorläufe London mitgebracht haben, und daß wir jetzt die Antwort abwarten. Mehr glaube ich mit Rücksicht auf die jetzt schwedenden Verhandlungen nicht sagen zu dürfen.

Abg. Schönlanck (soc.) beleuchtet den Wechsel in unserer Handelspolitik und erklärt, das Volk werde bei den Wahlen die Antwort darauf geben.

Abg. Röhlke (b. k. f. liberal) protestiert dagegen, daß Abg. v. Heyl namens der deutschen Industrie gesprochen habe. Die deutsche Industrie braucht Handelsverträge mit längeren Fristen und sei Gegnerin der neuesten Bechlässe des deutschen Landwirtschaftsrathes, wogegen sie berechtigte Forderungen der Landwirtschaft nicht widerspreche. Die „Sammlung“, welche von jener Seite angestrebt werde, sei nichts als eine Bereicherung bevorzugter Kreise auf Kosten der Gesamtheit. (Beifall links.)

Abg. Paeschke (nat.-lib.): Wir haben die Politik gegründeter Handelsverträge stets gebilligt, werden aber stets prüfen, ob dieselben auch den deutschen Interessen entsprechen. Im Gegensatz zu meinem Freunde Heyl bin ich allerdings nicht dafür, alle Handelsverträge sofort zu kündigen und alle Meistbegünstigungsverträge auszuschließen. Wir sind stets für Tarifverträge, aber so, daß die Landwirtschaft nicht darunter leidet. Das hat College Friedberg schon im Abgeordnetenhause erklärt.

Abg. Barth (kreis. Vereinig.): Herr Friedberg hat aber ausdrücklich einer Erhöhung der Hornzölle zugestimmt. Herr v. Karndorf hat mich nach Schöppenstedt verwiesen, er selbst gehört nach China. Er hat mit den Chinesen den Zopf der Abneigung gegen Gold und der Vorliebe für Silber und Schuhzölle gemeint. Aber der Zopf von Herrn v. Karndorf ist noch viel größer und dicker (stürmische Heiterkeit), er kann sich mit seinen bimetallistischen Gütern und seinem Zopf begraben lassen. (Wiederholter stürmische Heiterkeit.)

Abg. Führ. v. Stumm (Reichsp.): Bei großer Unruhe sehr schwer verständlich): Herr Richter gerbertet sich gegenüber Herrn v. Heyl, als sei er der alleinige Vertreter der Industrie. Herr Richter greift die Herren vom Bundesrat an, daß sie nicht die Handelsverträge vertheidigen. Nachdem aber der preußische Landwirtschaftsminister offiziell zugegeben hat, daß mit dem Abschluß der Verträge die Zölle gekündigt werden sind, wird doch hier kein Bundesratsvertreter ihn desavouiren. Für die künftigen Handelsverträge werden wir folgendes festhalten: Industrie und Landwirtschaft sind solidarisch und werden diese Solidarität durch gegenseitige Concessions verstetigen.

Abg. Barth (kreis. Vereinig.): Harmonie der Interessen von Industrie und Landwirtschaft klingt ja wunderschön, aber es handelt sich darum, die Interessen der beiden auszugleichen. Mit der Handelsvertragspolitik haben wir jetzt die Probe gemacht. Wir haben sie von Anfang der neunziger Jahre ab einige Jahre in Uebung gesetzen. Gerade das Gegenheil von dem, was die Herren verhindern, ist eingetreten. Seit Jahren können Sie keinen Bericht irgend einer Handelskammer ausschlagen, ohne an einer Reihe von Stellen die größte Dankbarkeit gegen den Schöpfer der Handelspolitik in den neunziger Jahren ausgedrückt zu finden. Es wird dort constatirt, daß der Erfolg der Handelsverträge ausgezeichnet ist. Gegenüber unserem Export hat sich das mit großer Deutlichkeit gezeigt. Noch niemals hat Deutschland seinen Export in so raschem Tempo gesteigert, wie seit der Caprivi'schen Handelspolitik. Während die Gegner mit Begeisterung auf Frankreich hinarbeiten, das wegen seiner Hochschulzollpolitik im Überschluß schwimme, finden wir, daß die Franzosen sich mit Recht beklagen, daß ein ständiger Rückgang des Exports bei ihnen plakatgegriffen habe, und mit wahren Leid blicken sie auf Deutschland, in dem sich die umgekehrte Entwicklung vollzieht. Im Ausland herrscht über die Entwicklung der Wirtschaft, die Deutschland in den

entwurf einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Röhlke (cons.) erklärt, daß seine Freunde noch mehr bewilligen würden, wenn die 5 Mill. nicht ausreichen sollten; auch den Kreisen müßten ihre Schäden erledigt werden. Da der lange Instanzenzug die Herstellung der erforderlichen technischen Anlagen verzögert, müßte den Regierungspräsidenten die endgültige Entscheidung übertragen werden. Redner tritt für Errichtung von Thalsperren und für Einführung einer staatlichen bzw. provinziellen Wasserver sicherung ein.

Geh. Ober-Regierungsrath Frhr. v. Scherr-Hoh erklärt, daß die vorläufig sofort ausgeworfene Summe von 1½ Millionen den bisher bei der Centralinstanz eingelaufenen Anträgen entspreche und gewissermaßen eine erste Rate darstelle. Die Provinz Schlesien habe sich bereit erklärt, auch ihrerseits Mittel bereit zu stellen.

Minister Frhr. v. d. Recke: Die auf Grund genauer Berechnungen in der Vorlage ausgeworfene Summe sei nicht zu gering, zumal noch 6 Millionen aus anderen Quellen hinzukämen. Von den militärischen Liquidationen könnten nur diejenigen auf die Staatskasse übernommen werden, welche leistungsunfähige Gemeinden tragen.

Abg. v. Neumann (cons.) vermisst, daß in der Vorlage die Anwohner der unteren Oder nicht bedacht seien, die seit 19 Jahren von Überschwemmungen und Verunsicherungen ausgeworfen sind. Die Zahlungen seien heimgegangen und macht für letztere die Art der Flutregulierungen verantwortlich, bei denen die Wasserbautechniker ausschließlich das Schiffahrtsinteresse im Auge hätten und die landwirtschaftlichen Interessen vernachlässigt.

Geh. Ober-Regierungsrath Keller, vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, tritt den technischen Ausstellungen des Vorredners entgegen.

Abg. Frhr. v. Dobeneck (cons.) beklagt, daß arme Gemeinden zum Eintritt in die Wassergenossenschaften gezwungen würden und wohlhabende durch die Höhe der Beiträge verarmten.

Finanzminister v. Miquel sieht voraus, daß bei der erwarteten Vorlage zur Bekämpfung künftiger Hochwasser schäden die Anstrengungen schwer zu vereinen seien. Die Technik sei außer Stande, die Natur bis zum letzten Punkt zu bekämpfen, und darum solle man sich nicht Illusionen hingeben. Wenn auch im allgemeinen die Unterhaltung der kleinen, nicht schiffbaren Flüsse nicht Aufgabe des Staates sei, so werde sich dieser doch, soweit es sich um Schlesien handle, einer erheblichen Mitwirkung nicht entziehen dürfen. Die Regierung werde annehmbare Abänderungsvorschläge der Commission nicht zurückweisen. Eine willkürliche Erhöhung der Entschädigungssummen könnte leicht zu Missbraüchen führen.

Abg. Schöppenstedt (soc.) beleuchtet den Wechsel in unserer Handelspolitik und erklärt, das Volk werde bei den Wahlen die Antwort darauf geben.

Abg. Führ. v. d. Recke erwidert auf eine Auflösung des Vorredners, daß nach seiner Auffassung die Provinzialverbände rechtlich zu Unterstützungsbeiträgen nicht verpflichtet seien, wenn sie auch in dankenswerther Weise dies als moralische Pflicht anerkannt hätten. Die geleistete militärische Hilfe sei über alles Lob erhaben gewesen; die Liquidationen seien jedenfalls den bestehenden Vorschriften entsprechend ausgefallen.

Abg. v. Eichel (cons.) stellt fest, daß die Vorlage, sei sie auch spät gekommen, doch im Lande Befriedigung erwecke; alle Gemeinden bis zur ärmsten hätten bei der Hilfeleistung ihre Schuldigkeit gethan.

Abg. v. Schenkendorff (nat.-lib.) besorgt, daß bei der vorgesehenen Art der Verteilung der Unterstützungsbeiträge mehrere Kreise zu kurz kommen würden.

Abg. Graf Roth (cons.) will die Kosten für die geleistete militärische Hilfe um so mehr niedergefahren haben, als gerade die ärmsten, meistgeschädigten Gemeinden dieser Hilfe bedürftig hätten.

Abg. Hahn (b. k. f.) erörtert die allgemeinen Fragen der Flutregulierungen vom landwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus und empfiehlt Gabeleichtungen an der Küste zur Gewinnung von Neuland.

